



Die Angriffe der USA und Israel auf Ziele im Iran und die Tötung des iranischen geistlichen Oberhauptes Ali Chamenei markieren eine neue Phase der geopolitischen Konfrontation im Nahen und Mittleren Osten. Was als punktuelle militärische Operation deklariert wird, ist in Wahrheit Ausdruck einer tektonischen Verschiebung: Die Schwelle zwischen verdeckter Eindämmung und offener Eskalation sinkt. In einer Welt, die bereits durch den Krieg in der Ukraine, Spannungen im Indopazifik und eine fragmentierte Weltwirtschaft belastet ist, verschärft sich damit der systemische Druck auf die internationale Ordnung.

Für Europa – und insbesondere für Emmanuel Macron – stellt sich die Frage, wie strategische Souveränität in einer Zeit wachsender Unsicherheit konkret ausgestaltet werden kann. Die französische Antwort lautet seit Jahren: durch militärische Handlungsfähigkeit, diplomatische Eigenständigkeit – und durch energiepolitische Autarkie, insbesondere mittels Kernenergie.

Militärische Botschaft mit globaler Reichweite

Die jüngsten Schläge gegen iranische Einrichtungen – mutmaßlich im Kontext des Atomprogramms und regionaler Stellvertreterstrukturen – sind mehr als taktische Interventionen. Sie senden eine strategische Botschaft: Washington und Jerusalem sind bereit, notfalls unilateral zu handeln, um eine weitere militärische Aufrüstung Teherans zu verhindern.

Für die USA bedeutet dies eine Fortsetzung ihrer Doktrin der Abschreckung durch begrenzte, gezielte Gewaltanwendung. Nach den Erfahrungen in Afghanistan und Irak vermeidet Washington groß angelegte Bodenoperationen und setzt besonders auf technologische Überlegenheit, Geheimdienstkooperation und Luftschläge. Israel wiederum sieht sich existenziell bedroht. Die politische Führung in Jerusalem hat wiederholt klargemacht, dass ein nuklear bewaffneter Iran als inakzeptabel gilt.

Teheran steht damit vor einem existenziellen Dilemma: Eine harte militärische Antwort könnte eine breitere Konfrontation auslösen, Zurückhaltung jedoch innenpolitisch als Schwäche interpretiert werden. Das Regime balanciert zwischen regionaler Machtdemonstration – etwa über verbündete Milizen – und dem Versuch, eine direkte Großkonfrontation zu vermeiden.



Die Rückkehr der Machtpolitik

Die Ereignisse fügen sich in ein größeres Muster ein: Die Ära der liberalen Interdependenz weicht zunehmend einer Phase strategischer Rivalität. Energie, Technologie, Rohstoffe und militärische Fähigkeiten werden wieder als Instrumente geopolitischer Einflussnahme verstanden.

Hier kommt Frankreich ins Spiel. Unter Präsident Macron hat Frankreich den Begriff der „strategischen Autonomie“ in den europäischen Diskurs eingebracht. Gemeint ist die Fähigkeit Europas, im Zweifel unabhängig von Washington zu handeln – militärisch, wirtschaftlich und energiepolitisch.

Die Eskalation im Nahen Osten unterstreicht die Fragilität globaler Lieferketten. Der Persische Golf bleibt ein neuralgischer Punkt für Öl- und Gastransporte. Jede militärische Zuspitzung lässt Energiepreise reagieren, beeinflusst Inflationsraten und verschärft soziale Spannungen – auch in Europa.

Macrons Argumentation ist in diesem Kontext kohärent: Wer seine Energieversorgung nicht aus politisch instabilen Regionen bezieht, reduziert strategische Verwundbarkeit. Die französische Kernenergiepolitik ist daher nicht allein klimapolitisch motiviert, sondern sicherheitspolitisch grundiert.

Atomkraft als geopolitisches Instrument

Frankreich deckt traditionell rund zwei Drittel seines Strombedarfs aus Kernenergie. Diese Struktur ist Ergebnis der Ölkrisen der 1970er-Jahre, als Paris entschied, sich von fossilen Importen unabhängiger zu machen. Der Staat setzte auf einen zentral gesteuerten Ausbau seiner Reaktoren – ein industriepolitisches Großprojekt.

Heute knüpft Macron an diese Tradition an. Der Bau neuer EPR2-Reaktoren, die Modernisierung des bestehenden Parks und die stärkere staatliche Kontrolle über den Energieversorger Électricité de France sind Teil einer langfristigen Strategie.

In einer Welt, in der Energie als geopolitische Waffe eingesetzt wird – man denke an Russlands Gaspolitik gegenüber Europa – erscheint diese Linie vielen Franzosen als rational. Während Deutschland den Atomausstieg vollzogen hat, setzt Paris auf technologische Kontinuität.



Allerdings ist die Realität komplexer. Bauverzögerungen, hohe Kosten und technische Probleme haben Zweifel an der Effizienz des Modells geweckt. Dennoch bleibt die politische Stoßrichtung klar: Kernenergie gilt als Garant für stabile Strompreise, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und strategische Handlungsfähigkeit.

Europas strategische Zerreißprobe

Innerhalb der Europäischen Union sind die energiepolitischen Konzepte jedoch divergent. Osteuropäische Staaten wie Polen planen ebenfalls neue Reaktoren, während andere Länder primär auf erneuerbare Energien setzen. Die Debatte um die Einstufung von Kernenergie als nachhaltige Energieform hat diese Bruchlinien sichtbar gemacht.

Die Eskalation zwischen Israel, den USA und Iran verschärft den Handlungsdruck. Sollte es zu einer dauerhaften Destabilisierung der Golfregion kommen, wären Europas Volkswirtschaften unmittelbar betroffen. Bereits moderate Preissprünge bei Öl und Gas können Wachstum dämpfen und Haushaltsdefizite erhöhen.

Zugleich zeigt sich, dass Europa sicherheitspolitisch weiterhin stark von den USA abhängt. Die militärische Präsenz Washingtons im Nahen Osten bleibt entscheidend. Die Vision einer eigenständigen europäischen Verteidigungsarchitektur ist bislang nur höchst unvollständig umgesetzt.

Macron argumentiert daher für eine doppelte Strategie: transatlantische Kooperation ohne strategische Naivität. Frankreichs Status als Atommacht und ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat unterstreicht diesen Anspruch. Paris will nicht nur reagieren, sondern gestalten.

Risiko der Ausweitung

Die größte Unbekannte bleibt die Reaktion Irans. Sollte Teheran seine regionalen Verbündeten – etwa im Libanon, in Syrien oder im Irak – aktivieren, könnte sich die noch drastisch Konfrontation ausweiten. Auch Cyberangriffe oder Angriffe auf maritime Infrastruktur sind nicht nur denkbar, sie liegen nahe.

Eine solche Dynamik würde die ohnehin fragile Weltwirtschaft zusätzlich belasten. Bereits jetzt befinden sich viele Staaten in einer Phase fiskalischer Anspannung. Steigende



Zwischen Eskalation und Abschreckung: Wie der Schlag gegen Iran die strategische Ordnung verändert

Verteidigungsausgaben, Transformationskosten im Energiebereich und soziale Ausgleichsmaßnahmen konkurrieren um knappe Ressourcen.

Für Europa bedeutet dies: Strategische Resilienz wird zur Kernaufgabe. Energieunabhängigkeit, Diversifizierung von Lieferketten, Investitionen in Verteidigungsfähigkeit und technologische Souveränität sind keine abstrakten Ziele mehr, sondern konkrete politische Notwendigkeiten.

Macrons Betonung von „Macht“ und „Unabhängigkeit“ wirkt vor diesem Hintergrund weniger wie nationale Rhetorik, sondern wie eine Antwort auf strukturelle Verschiebungen im internationalen System. Ob die französische Atomstrategie langfristig ökonomisch tragfähig bleibt, ist offen. Doch die zugrunde liegende Diagnose – dass geopolitische Stabilität keine Selbstverständlichkeit mehr ist – dürfte zutreffen.

Die Angriffe auf Iran markieren somit nicht nur eine regionale Eskalation, sondern einen weiteren Schritt in Richtung einer Welt, in der Machtpolitik, Abschreckung und nationale Resilienz wieder zentrale Kategorien sind. Für Europa stellt sich die Frage nicht mehr, ob es sich positionieren muss, sondern wie schnell und entschlossen es dazu bereit ist.

Von Andreas Brucker